



Interviews

Datum: 10.07.2024

Christoph Heusgen im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Dirk-Oliver Heckmann: Am Telefon begrüße ich dazu Christoph Heusgen. Er war außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Merkel, von 2017 bis 2021 ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen und ist seit dem Jahr 2022 Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz. Schönen guten Morgen, Herr Heusgen.

Christoph Heusgen: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Im Jahr 2019, da hat der französische Präsident Emmanuel Macron die NATO hirntot genannt. War das der Irrtum des Jahrzehnts?

Heusgen: Ja, also es konnte schon den Eindruck erwecken, wenn Sie sich anschauen, was seither passiert ist. So hat sich die NATO schon kräftig gewandelt. Also, als Macron das gesagt hat, was er gesagt hat, waren es gerade mal neun Staaten in der NATO, die das 2-Prozent-Ziel, also Verteidigungsausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, umgesetzt hatten. Heute sind es 23. Also die NATO hat sich vor allem natürlich unter dem Eindruck der russischen Aggression in der Ukraine schon kräftig wieder gewandelt.

Heckmann: Und die dennoch hat die ehemalige Beigeordnete NATO-Generalsekretärin und Vorsitzende des Militärausschusses, Stefanie Babst, hier gestern im Deutschlandfunk gesagt, die NATO, sie sei nicht wirklich vital, sie habe keinen strategischen Fokus und sei viel zu zögerlich, um auf die wesentlichen Herausforderungen reagieren zu können. Hat sie recht?

Heusgen: Also bei aller Wertschätzung für Frau Babst, würde ich das so nicht sagen. Ich habe ja gerade darauf hingewiesen, was sich verändert hat, was die Verteidigungsausgaben anbelangt. Und sehen Sie auch, mit welcher doch Klarheit jetzt auch unser Verteidigungsminister sagt, wir müssen zurück praktisch zu der Strategie, die wir im Kalten Krieg angewandt haben, mit der Vorneverteidigung. Wir bauen jetzt eine Brigade in Litauen auf. 5.000 deutsche Soldaten, die dort hingehen. Also da hat sich schon einiges gewandelt. Es ist eine neue Atmosphäre. Geht es schnell genug? Ist die Frage. Aber grundsätzlich sehe ich schon, dass sich etwas gewandelt hat.

Heckmann: Und, geht es schnell genug aus Ihrer Sicht?

Heusgen: Also, ich glaube, dass wir, was das Tempo anbelangt, noch zulegen könnten. Es ist alles mühsam. Die Defizite aus den letzten Jahren, insbesondere, was auch die Beschaffung von Ausrüstung von Munition anbelangt, das kann man nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Es geht einiges voran, aber es könnte schneller gehen. Und meine große Sorge ist die Nachhaltigkeit. Also das stellt sich ja auch gerade im deutschen Bundeshaushalt dar. Also, durch diesen Sonderhaushalt, durch die 100 Milliarden extra, die bereitgestellt worden sind, schaffen wir in diesem Jahr die 2 Prozent. Aber schon in zwei, drei Jahren sieht es wieder eher mau aus.

Heckmann: Ja. Auf den Verteidigungsetat kommen wir gleich noch zu sprechen, Herr Heusgen. Sie haben gerade gesagt, das könnte schneller gehen. Die Ukrainehilfe steht ja auch im Zentrum des Gipfeltreffens in Washington. Die USA, Deutschland, weitere Länder haben weitere Hilfen angekündigt. Unter anderem haben die USA ein weiteres Patriot-Abwehrsystem angekündigt zu liefern. Vier Patriot-Abwehrsysteme hat die Ukraine geliefert bekommen, drei davon aus Deutschland. Ist das das starke und das wichtige Zeichen, das aus Washington kommen muss?

Heusgen: Also, zunächst mal: Es ist enorm, was in den letzten Jahren doch tatsächlich geleistet worden ist. Vor zweieinhalb Jahren, vor dem Angriff Russlands, war es noch deutsche Politik, dass wir in Konfliktgebiete, in heiße Konfliktgebiete keine Waffen liefern. Und schauen Sie, was wir heute machen. Also es ist sehr viel erfolgt. Das ist schon eine Zeitenwende. Nur, wir sehen immer wieder Zögerlichkeiten und es geht langsam. Und die Versprechungen, bis sie umgesetzt werden, dauern.

Heckmann: Woran liegt das, Herr Heusgen?

Heusgen: Ja, ich glaube, es liegt ein bisschen schon daran, dass wir diesen Mentalitätswandel, den wir machen müssen, vielleicht intellektuell nachvollzogen haben, aber in der Umsetzung ist es immer noch zögerlich. Ich will Ihnen ein Beispiel geben, was ich finde, wo es immer noch hakt und wo wir immer noch nicht weit genug sind. Sie haben ja auch berichtet über diesen schrecklichen Angriff auf das Kinderkrankenhaus. Das ist – mit einem Ukrainer gesprochen – praktisch die Charité der Ukraine, die jetzt von Russland angegriffen wurde. Das ist ein schweres Kriegsverbrechen. Jetzt sagen wir, ja, wir machen mehr Flugabwehr. Aber warum sind wir nicht endlich bereit, die Entscheidung zu treffen, dass wir nicht nur die

Flugabwehr machen, sondern dass wir auch bereit sind, mit unseren Waffen, die wir ja zur Verfügung haben, den Taurus, dass wir auch tatsächlich die Abschussrampen in Russland, von denen diese Raketen abgehen oder die ...

Heckmann: Das fordert ja Selenskyj, aber erfolglos bisher.

Heusgen: Ja, genau. Und da verstehe ich nicht, wenn Wladimir Putin eine rote Linie nach der anderen reißt, wenn er jetzt wirklich Kriegsverbrechen begeht, also das ist ja schrecklich, was er gemacht hat. Das sind ... die Kinder, die dort in diesem Krankenhaus auch gegen Krebs geheilt werden, da bombardierte er ohne irgendwelche Hemmungen und das macht er vor dem NATO-Gipfel. Ich glaube, er will uns vorführen und sagen: Guckt mal hier, ich kann vor euren Augen machen, was ich will und ihr lasst mich weiter gewähren. Ihr liefert immer noch nicht diesen Taurus.

Heckmann: Aber muss die NATO nicht darauf achtgeben, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden direkt?

Heusgen: Sie wird doch nicht in den Krieg hineingezogen. Wenn man Waffen liefert, dann ist das etwas ganz Normales, was überhaupt nicht in Krieg einzieht. Der Punkt, der immer wieder vorgegeben ist, dass man zum Beispiel bei Taurus dann deutsche Soldaten bräuchte, um genau die Waffen richtig einzustellen, die Flugplan- ... aber das stimmt ja nicht. Deutschland hat den Taurus nach Südkorea geliefert in eine Konfliktregion, ohne deutsche Soldaten. Und das, was die Südkoreaner können, können die Ukrainer genauso.

Heckmann: Wir haben gerade schon das Budget, das Verteidigungsbudget in Deutschland kurz angerissen, Herr Heusgen. Die Zahl der Länder, die das vereinbarte 2-Prozent-Ziel einhalten, sie wächst ja. Darauf hatte Stoltenberg hingewiesen. Auch Deutschland gibt in diesem und in den nächsten Jahren 2 Prozent des BIP für die Verteidigung aus. Aber in diesem Jahr erhält Verteidigungsminister Pistorius fünf Milliarden Euro weniger als von ihm verlangt und zeigte sich dementsprechend verärgert:

„Ich habe deutlich weniger bekommen, als ich angemeldet habe. Das ist ärgerlich für mich, weil ich bestimmte Dinge dann nicht in der Geschwindigkeit anstoßen kann, wie es Zeitenwende und Bedrohungslage erforderlich machen.“

Heckmann: Soweit also Verteidigungsminister Pistorius. Hat die Ampelkoalition die Zeichen der Zeit erkannt?

Heusgen: Also ich kann mich da nur voll dem anschließen, was der Verteidigungsminister gesagt hat. Wenn wir sehen, wie aggressiv Putin vorgeht, wenn wir sehen, dass er auch offen sagt ... er hat gerade diese Woche wieder gesagt, Russland hat keine Grenzen. Er hat ja gesagt, er will das Sowjetimperium wiederherstellen. Wenn wir darauf nicht jetzt entschlossen reagieren und dann auch in unserer internen Diskussion auch die Konsequenzen ziehen und sagen, ja, unsere Sicherheit ist das Wichtigste, ohne Sicherheit ist alles nichts – wie auch der Bundeskanzler gesagt hat – dann machen wir einen Fehler. Und ich hoffe sehr darauf, dass im Bundestag dann bei der Verabschiedung des Haushalts ... das ist ja das Privileg des Bundestages. Der Bundestag hat das Haushaltsrecht. Dass da entsprechend draufgelegt wird, damit wir unsere Sicherheit, unsere Freiheit auch tatsächlich so verteidigen können wie Minister Pistorius, der ja ein anerkannter Fachmann ist, so, wie er das auch erwartet und zu Recht verlangt.

Heckmann: Denn es weiß ja auch niemand, wie die Präsidentschaftswahlen in den USA ausgehen werden. Sollte Donald Trump das Weiße Haus noch einmal erobern, wie wahrscheinlich ist es, dass er der Ukraine die Militärhilfe abdreht?

Heusgen: Also, es wird alles halb so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Sie haben ja auch verfolgt, Herr Heckmann, vor jetzt gut zwei Monaten, als in den USA dieses riesige Paket 64 Milliarden verabschiedet worden ist. Und das ist verabschiedet worden mit dem Segen von Trump. Also, da lassen wir mal abwarten, wie das geht. Wir sollten nicht immer wie das Kaninchen auf die Schlange starren und sehen, was da in den USA passiert. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Europa muss seine Verpflichtungen erfüllen. Und ich habe noch im Ohr, was Trump gesagt hat 2017, als ich noch Berater der Kanzlerin war, wo er ganz klar gesagt hat: Wenn ihr nicht die 2 Prozent erfüllt, dann werde ich die NATO verlassen, mehr oder weniger. Und das ist eine klare Ansage.

Heckmann: Er hat das ja noch mal aktualisiert. Er hat ja die Partner gewarnt. Wer nicht zahlt, der wird auch nicht mehr verteidigt womöglich.

Heusgen: Genau. So, und jetzt kann man sagen, das ist Erpressung. Aber ich halte das durchaus für legitim. Wir haben, die Bundesregierung hat vor zehn Jahren, 2014 nach der Annexion der Krim, unter dem Schock der ersten russischen Aggression, ja beschlossen – auch die Bundesregierung war dabei, hat gesagt, ja, wir machen diese 2 Prozent. Und ich

finde, man verlangt es zu Recht, dass wir dann das, was wir versprochen haben, auch machen. Das gehört in einer Allianz dazu. Und als wirtschaftsstärkster Partner in Europa, als bevölkerungsreichstes Land in Europa muss da Deutschland, die Bundesregierung, Führung übernehmen und muss die Verpflichtung, die sie eingegangen ist, auch erfüllen. Das können alle Partner verlangen, das kann ein Biden verlangen, das kann ein Trump verlangen.

Heckmann: Christoph Heusgen war das live hier im Deutschlandfunk, der Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz. Wir haben gesprochen über 75 Jahre NATO, das Treffen, das Gipfeltreffen in Washington. Herr Heusgen, danke Ihnen für Ihre Zeit.

Heusgen: Sehr gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.